

Bezirksregierung Detmold
Dezernat 25
Leopoldstraße 15
32756 Detmold

Ort, Datum

Kontaktdaten der Sachbearbeitung

Auskunft erteilt

E-Mail

Telefon

Wichtiger Hinweis zur Übermittlung:

Senden Sie den Antrag **ausschließlich per E-Mail** und ausschließlich an das Funktionspostfach post25@brdt.nrw.de. Wir bitten darauf zu verzichten, dieses Muster zusätzlich per Post zu übersenden.

Beachten Sie bitte, dass dieses Muster nicht im Original zurückgesendet wird, denn die Formularfelder sollen nach Übersendung nicht mehr veränderbar sein. Drucken Sie es entweder mit einem **PDF-Drucker** (z.B. „Microsoft Print to PDF“) oder **scannen sie es** ein, sofern Sie es noch auf Papier ausdrucken sollten.

**Erstantrag (einschließlich Aktualisierung bis zur Erstbewilligung)
Änderungsantrag auf Gewährung einer Zuwendung / eines Zuschusses**

Ordnungsmerkmal (OM):
sofern bekannt/schon vergeben

1. Antragsteller*in

Name/Bezeichnung

Anschrift

E-Mail-Adresse
Funktionspostfach

2. Maßnahme

Bezeichnung

Durchführungszeitraum

Geplanter Maßnahmebeginn
(erste Auftragsvergabe)

Geplante Durchführungszeit

(Datum)

(von Datum /bis Datum)

3. Statistische Daten

Entfällt im Muster 1 - AGFS

4. Finanzierungsplan

Alle Beträge sind auf 100 Euro zu runden		Summe
4.1	Gesamtkosten (inkl. nicht zuwendungsfähiger Kosten)	
4.2	davon grundsätzlich zuwendungsfähige Kosten	
4.3	abzüglich Leistungen Dritter (ohne öffentlicher Förderung)	
4.4	Zuwendungsfähige Gesamtkosten	
4.5	Beantragte Förderung (Nr. 5)	
4.6	beantragte / bewilligte öffentl. Förderung sonstiger Fördergeber (ohne Nr. 4.5) durch	
4.7	Eigenanteil (gesamt)	
davon		
4.7.1	zweckgebundene Spenden	
4.7.2	finanzielle Beteiligung einer Kommune	
4.7.3	Eigenanteil des Antragstellers	

5. Beantragte Förderung

Zuwendungsbereich	Zuweisung
	Betrag in EUR
Förderrichtlinie: Förderrichtlinien Nahmobilität	

6. Begründung (Erläuterungsbericht)

Im Falle eines separaten Erläuterungsberichtes können Sie in den Punkten 6.1 und 6.2 auf diesen verweisen.

6.1 zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a.: Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen (z.B. Verkehrssicherheits-Aktionen), Maßnahmen desselben Aufgabenbereiches in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen)

Gegebenenfalls ein separates Blatt verwenden

Mitglied in der AGFS seit:

Übergeordnete Ziele:

Weitere Erläuterungen:

5.2 zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u.a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

6 Haushalterische Erklärungen

Die Antragstellerin / Der Antragsteller erklärt, dass

6.1	für die Haushaltsführung ein Haushaltssicherungskonzept nicht erforderlich ist. genehmigt/noch nicht genehmigt ist. Falls genehmigt/noch nicht genehmigt: Der Eigenanteil für das Vorhaben ist im genehmigten Haushaltssicherungskonzept enthalten. im noch nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzept enthalten. im genehmigten/noch nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzept nicht enthalten.
6.2	die Haushaltsführung mit einer genehmigten Verringerung der allgemeinen Rücklage nicht erfolgt. erfolgt.
6.3	nachträgliche Änderungen bis zur Erstbewilligung bezüglich Ziffer 6.1 oder 6.2 unverzüglich angezeigt werden.
Sofern für die Haushaltsführung ein Haushaltssicherungskonzept genehmigt/noch nicht genehmigt ist oder die Haushaltsführung unter Verringerung der allgemeinen Rücklage erfolgt, ist diesem Antrag eine Stellungnahme der Kämmerei hinzuzufügen. Nutzen Sie hierfür das Muster 03 . Darüber hinaus ist der vollständige Antrag der Bezirksregierung <u>über</u> die Kommunalaufsicht des Kreises einzureichen (mit Ausnahme der kreisfreien Stadt Bielefeld). Von dort soll dem Antrag eine finanzaufsichtliche Stellungnahme beigefügt werden.	
6.4	Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen
Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, Tragbarkeit der Folgekosten für die Antragstellerin / den Antragsteller, Finanzlage der Antragstellerin / des Antragstellers usw.	

7. weitere Erklärungen

Die Antragstellerin / Der Antragsteller erklärt, dass

7.1	mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird (als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten) und mit der Freimachung des Baufeldes nicht vor der Mitteilung der Bewilligungsbehörde über die Programmaufnahme begonnen wird. Ausnahme: Bescheid über die Ausnahme von Nr. 1.3 VVG zu § 44 LHO (vorzeitiger Maßnahmebeginn) ist am _____ erteilt worden.
7.2	sie / er zum Vorsteuerabzug nicht berechtigt ist berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten (Nrn. 4.1 und 4.2) berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer).
7.3	Bei der Vorhabenplanung die zuständigen Behindertenbeauftragten oder Behindertenbeiräte bzw. – da die Gebietskörperschaft nicht über Behindertenbeauftragte oder Behindertenbeiträge verfügt – die Verbände im Sinne des § 5 des Behindertengleichstellungsgesetzes v. 27.04.2002 (BGBl. I, S. 1467) angehört werden. Ausnahme: Vorlage des Vermerks über die Anhörung kann im Einzelfall entfallen – nur nach Rücksprache und Zustimmung mit der zuständigen Bezirksregierung möglich.
7.4	der notwendige Grunderwerb gesichert ist und alle für das Vorhaben notwendigen Genehmigungen vorliegen.
7.5	die Zuwendungen a) nicht zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten eingesetzt werden und b) die Antragstellerin oder der Antragssteller keine terroristische Vereinigung ist oder terroristische Vereinigungen unterstützt.
7.6	die Ausfüllhinweise zum Muster 1 - AGFS beachtet wurden.
7.7	die in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind.

8. Anlagen

Beigefügte Anlagen bitte ankreuzen (Pflichtanlagen sind bereits angekreuzt)

	Testat der AGFS-Geschäftsstelle
	Muster 2.5 (Anlage Ausgaben)
	Muster 3
	Erläuterungsbericht mit genauer Beschreibung der (Bau-) Maßnahme und Ausführungsart (Beschreibung des Vorhabens) sofern nicht in den Ziffern 5.1 und 5.2 bereits abschließend erläutert.
	Vermerk über die Anhörung der Behindertenvertretung zur Vorhabenplanung und eine Auflistung der Maßnahmen, die zur Erreichung der Barrierefreiheit geplant sind (Mobilitätsbescheinigung)
	<u>Planunterlagen</u> (bei investiven Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit) Übersichtsplan (Stadtplan o.ä.) Ggf. aussagekräftiger Lageplan und/oder Regelquerschnitt (alt/neu)

Ort, Datum

Namenswiedergabe und Funktion

9. Ergebnis der Antragsprüfung

Auszufüllen durch die Bewilligungsbehörde

Nach Prüfung der dem Antrag beigefügten Erläuterungen, Kostenberechnungen und sonstigen Unterlagen wird festgestellt, dass die Maßnahme den Anforderungen und Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit

- entspricht.
 nicht entspricht.

	Gesamtkosten	Zuwendungsfähige Kosten
Für die Durchführung der Maßnahme hat die Antragstellerin / der Antragsteller folgende Kosten veranschlagt:		
Aufgrund der Prüfung ergeben sich folgende Beträge:		

- Siehe gesonderten Vermerk über das Ergebnis der Prüfung des Antrages.

(Ort, Datum)

(Namenswiedergabe / Unterschrift)